

Uwe Doering, MdA  
Parlamentarischer Geschäftsführer,  
Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin  
fon: 030 23 25 -25 09 fax: -25 15  
doering@linksfraktion-berlin.de



1. Kritik des Rechnungshofs ungerechtfertigt (s. 1)
2. Humboldt-Forum oder Schloss (2) (s. 1)
3. ICC-Entscheidung noch vor dem Sommer (s. 2)
4. Die dritte Miete (s. 2)
5. Initiative für gesetzlichen Mindestlohn (s. 2)
6. Uwe Doering persönlich - Sprechstunden (s. 2)

## Kritik des Rechnungshofs ungerechtfertigt

Der für die Kontrolle der Haushaltsführung der Berliner Landesregierung zuständige Rechnungshof, also die Institution, die den Umgang staatlicher Stellen mit öffentlichen Mitteln überprüft, hat am 14. Mai ihren Jahresbericht 2007 vorgelegt.

In diesem wird der Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linkspartei.PDS) vorgeworfen, verschwenderisch bei der Übernahme der Wohnungskosten von Langzeitarbeitslosen und ihren Familien (sog. Bedarfsgemeinschaften) vorgegangen zu sein. Im Wortlaut schreibt man: „Die den Berliner ‚JobCentern‘ von der Senatsverwaltung insoweit vorgegebenen Verfahrensregelungen bewirken aber, dass vielfach – über die gesetzlich zugelassenen Ausnahmefälle hinaus – auch unangemessen hohe Unterkunftskosten übernommen werden. Eine Stichprobe des Rechnungshofs hat ergeben, dass in 40 v. H. der Fälle Überschreitungen der Angemessenheits-Richtwerte vorliegen. Die Anerkennung unangemessen hoher Unterkunftskosten stellt eine erhebliche

zusätzliche Belastung des Landeshaushalts dar.“

Dieses Urteil unterschlägt jedoch die Tatsache, dass die Vermeidung von Zwangsumzügen ein erklärtes politisches Ziel der Sozialsenatorin und von Rot-Rot ist. Zunächst stellt der Bericht richtigerweise fest, dass die Verantwortung für die Sicherung des Lebensunterhaltes und für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt beim Bund liegt. Das Land Berlin hilft bei den Kosten für die Unterkunft, übernimmt also innerhalb gewisser Ermessensgrenzen die Miet- und Heizkosten. Lediglich hier ergibt sich demnach ein Handlungsspielraum. Eine auf Initiative von Heidi Knake-Werner im Senat verabschiedete Regelung stellt für diesen die Grundlage dar.

So wird erstens die Prüfung der Wohnungskosten auf ihre Angemessenheit hin erst nach einem Jahr veranlagt. Der Grund hierfür ist einfach. So haben Arbeitslose innerhalb der ersten zwölf Monate ihrer Arbeitslosigkeit die höchsten Chancen zur Reintegration in die Beschäftigung. Hierzu sollen ihnen nicht die Strapazen eines Umzugs im Weg stehen. Für Alleinerziehende, Schwangere und

Ältere, die schon sehr lange in ihren Wohnungen leben, existieren zudem Ausnahmeregelungen. Zweitens wird die Angemessenheit des Wohnraums in Berlin nicht nach dessen Größe, sondern nach der Bruttowarmmiete entschieden. Nur so können die tatsächlichen Wohnkosten und die Angemessenheit der Miete erfragt werden. Drittens wird geprüft, ob es wirtschaftlich überhaupt sinnvoll ist, Betroffene zum Umzug aufzufordern. Oftmals liegen die Warmmieten nur wenig oberhalb der Berechnungsgrenze, weshalb ein Umzug teurer wäre als die Mietkostenübernahme, da die Umzugskosten nämlich vom Land Berlin zu tragen sind. Dadurch irrt der Bericht des Rechnungshofs in der Feststellung der Verschwendung. So ist es sowohl im Sinne der Langzeitarbeitslosen als auch im Sinne der Stadt Berlin, einen Zwangsumzug oftmals zu umgehen.

Interessant ist dieser Sachverhalt überdies vor dem Hintergrund der Vorwürfe der sozialen Bewegung der Stadt und insbesondere der Berliner WASG, man hätte Hartz IV eins zu eins umgesetzt und somit den Sozialabbau vorangetrieben. Offensichtlich kann davon nicht die Rede sein.

## Humboldt-Forum oder Schloss (2)

Bereits in der Mai-Ausgabe habe ich dieses Thema aufgegriffen. Inzwischen ist ein Monat vergangen und noch immer ist die Frage „Humboldt-Forum oder Schloss“ ein in unserer Partei heftig diskutiertes Thema.

Stein des Anstoßes ist die angekündigte finanzielle Beteiligung Berlins am Humboldt-Forum. Um was geht es im Kern und was ist die Auffassung der Fraktion? Es geht um die Frage, wie die Berliner Mitte zukünftig gestaltet wird. Der zentrale und historische Platz in Berlin soll ein öffentlicher Platz für Kunst, Kultur und Wissenschaft bleiben. Der Bund ist Eigentümer dieses Platzes! Der Bundestag hat beschlossen, den Palast abzureißen und an dieser Stelle das Schloss wieder aufzubauen. Der Bund und

der Bundestag bestimmen also im Wesentlichen, was an Stelle des Palastes entstehen soll. Die Vereinbarung zwischen dem Bundesbauminister und dem Reg. Bürgermeister macht den Weg für eine Klärung über die Gestaltung des historischen Ortes frei und ermöglicht die Beteiligung Berlins in dieser wichtigen Debatte. Über eine finanzielle Beteiligung kann Berlin darüber mitbestimmen, welchen Charakter das zukünftige Gebäude haben wird. Die Humboldt-Universität, die Zentral- und Landesbibliothek und viele andere haben dies erkannt und sind mit uns, der Linksfraktion, im Gespräch, wie das Gebäude im Interesse Berlins, seiner Einwohnerinnen und Einwohner und seiner Gäste zukünftig öffentlich genutzt werden kann. An dieser historischen Stelle wäre nichts schlimmer als ein (privates) Schloss oder der Sitz eines Konzerns.

Das wollen wir verhindern! Die Fraktion und Mitglieder der Fraktion haben mehrfach erklärt, dass eine Mitfinanzierung der Schlossfassade aus öffentlichen Mitteln Berlins nicht in Frage kommt. Für die Linksfraktion darf das Projekt Humboldt-Forum nicht zum Projekt eines Fassadenschlosses werden, schon aus diesem Grunde muss Berlin, muss Rot-Rot Einfluss auf die Debatte zur zukünftigen Gestaltung des zentralen Ortes nehmen.

## ICC-Entscheidung noch vor dem Sommer

Die Zukunft des ICC wird erneut vertagt! Jedenfalls wenn es nach dem Willen der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus geht. Diese hat im letzten Monat beschlossen, ihre Entscheidung über das ICC zu vertagen und ein erneutes Gutachten dazu anzufordern.

Dies ist einerseits verwunderlich – liegen doch schon etliche Gutachten vor –, andererseits aber auch fragwürdig, da das Messegeschäft ein langfristiges Geschäft ist, dessen Kunden auf Planungssicherheit angewiesen sind. Die Stadt Berlin ist auf die Messe angewiesen. Mit einer weiteren Vertagung setzt man nicht nur die Messe selber, sondern auch die daran gekoppelten Investitionen in den Wirtschaftsstandort Berlin aufs Spiel.

In meiner Funktion als wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion erklärte ich

### Die dritte Miete

Die Ankündigung von Vattenfall, die Strompreise zum 01.07.2007 um durchschnittlich 6,5% zu erhöhen, erfolgte nahezu zeitgleich mit der Pressemitteilung, dass der Konzern im Jahre 2006 seinen Gewinn um 29% auf 934 Mio. € steigern konnte.

Extrem hohe Gewinne auf der einen Seite, steigende Preise auf der anderen Seite. Besser lässt sich die monopolartige Stellung von Vattenfall nicht beschreiben. In Folge der Privatisierungspolitik der vergangenen Jahre, auch der der damaligen Großen Koalition in Berlin, haben sich vier große Konzerne den Strommarkt in Deutschland aufgeteilt. Es ist kein Zufall, dass der Strompreis zum 01.07.2007 angehoben wird. Zu diesem Zeitpunkt läuft die staatliche Preisgenehmigung aus. Die Preisgestaltung der Strommonopole unterliegt so keiner Kontrolle mehr. Spätestens jetzt wird

### Initiative für gesetzlichen Mindestlohn

Am 25. Mai haben SPD- und Linksfraktion einen gemeinsamen Antrag in das Abgeordnetenhaus eingebracht, der den Senat auffordert, sich gegenüber der Bundesregierung für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes einzusetzen.

Inhalt einer möglichen Bundesratsinitiative sollte sein, dass ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn die allgemeine Untergrenze

hierzu Folgendes: „Die Linksfraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Zukunft des Internationalen Congress Centrums ICC jetzt schnellstmöglich entschieden wird. Messegesellschaft und die Kongressplanung brauchen Sicherheit. Es ist ein Unding, dass Teile der SPD nach jahrelangen Debatten durch neue, mehrfach von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Aussicht gestellte Gutachten eine weitere Zeitverzögerung in Kauf nehmen wollen. Dies schadet dem Ansehen Berlins als Messe- und Kongressstandort.“

Ein einstimmig gefasster Fraktionsbeschluss ergänzt: „Die Linksfraktion ist überzeugt, dass sich an den grundsätzlichen Frage- und Problemstellungen auch durch weitere Begutachtungen nichts Grundlegendes ändern wird. Statt weiterer Verzögerungen plädieren wir für eine an den Realitäten ausgerichtete sachgemäße Entscheidung, die der Bedeutung der Messe für den Wirtschaftsstandort Berlin tatsächlich gerecht wird.“

deutlich, dass eine Verschärfung des Kartellrechts notwendig ist. Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus fordert von der Bundesregierung gesetzliche Regelungen zur schärferen Kontrolle der Strom- und Gasversorgungsunternehmen. Hierzu ist ein stärkeres Durchgriffsrecht der Kartellbehörden bei Verdacht der Preismanipulation ebenso notwendig wie die Umkehr der Beweislast. Die Energieversorger sollen zukünftig nachweisen, dass ihre Preise gerechtfertigt sind.

Auch die Höhe der Wasserpreise ist ein Ärgernis. Eine Ursache liegt auch hier in der Teilprivatisierung der Wasserbetriebe durch den Dieppen-Senat, die zugleich mit einer Gewinngarantie an die privaten Anteilseigner verbunden ist. Gestiegene Tarife führten nicht nur zu einem sinkenden Verbrauch. Unternehmen und Betriebe suchten nach anderen Alternativen und fanden diese im Bau von eigenen Brunnen.

der Entlohnung bildet und für alle in der Bundesrepublik beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gilt. Die Ausgestaltung der Entlohnung oberhalb des gesetzlichen Mindestlohnes soll dabei Aufgabe der Tarifvertragsparteien bleiben, ebenso wie die Beantragung der Allgemeinverbindlichkeit von Tariflöhnen.

In unserer Fraktion herrscht indes über die Zukunft des ICC Einigkeit. Wir setzen uns für einen Messeneubau auf dem Gelände der Deutschlandhalle ein. Ein preisgünstiger Ersatzbau für den Eissport ist in der Glockenturmstrasse vorzusehen. Dies ist sowohl die kostengünstigste als auch die funktionalste Lösung für den Messe- und Kongressstandort Berlin. Die bereits vorliegenden Gutachten lassen die Möglichkeit einer Sanierung mit anschließender Weiternutzung des ICC als nicht zukunftsfähig und unrentabel erscheinen. Das ICC ist als Kongresszentrum hoffnungslos veraltet. Auch nach einer mindestens 150 Mio. Euro teuren Sanierung würden strukturelle und funktionale Mängel am Gebäude bestehen bleiben. Somit ist der Neubau für die Linksfraktion die sachlich gebotene Entscheidung.

Eine Tendenz mit fatalen Folgen: Die Fixkosten für die Wasserversorgung müssen von immer weniger Kunden getragen werden. Hier soll zum 01.07.2007 ein neues Tarifsystem Abhilfe schaffen. Die Einführung eines festen Grundpreises und eines variablen, verbrauchsabhängigen Arbeitspreises wird vor allem über einen Anschluss- und Nutzerzwang jene Betriebe in die Pflicht nehmen, die zwar über betriebsbereite Wasseranschlüsse verfügen, aber für diese keinen Cent zahlen. Die Umstellung der Gebührenstruktur wird für viele Berlinerinnen und Berliner eine Entlastung bei den Wassergebühren bringen. Mit der Zustimmung zur Umstellung der Gebührenstruktur hat die Linksfraktion mehr Transparenz bei den Wasserpreisen eingefordert. Das Abgeordnetenhaus soll zukünftig bei der Preisgenehmigung mitreden. Hierzu sollen entsprechende Regelungen erarbeitet werden.

### Uwe Doering persönlich - Sprechstunden

In diesem Monat biete ich wieder zwei Sprechstunden an.

Am 14. Juni 2007 von 18 bis 19 Uhr im Bürgersaal des Kulturzentrums Alte Schule in der Dörpeldstr. 54 - zusammen mit Dr. Hans Erxleben, Bezirksverordneter.

Und am 28. Juni 2007 von 17 bis 19 Uhr im Bürgerzentrum Altglienicke in der Ortolfstraße.

„Alles fließt (panta rhei).“ - *Heraklit*

„Je öfter eine Dummheit wiederholt wird, desto mehr bekommt sie den Anschein der Klugheit.“ - *Voltaire*

**DIE LINKE. PDS**